

0,148% = CO₂

Anteil der Schweiz am Welt-CO₂. Mit 20% "Reduktionsziel" wären wir dann bei 0,118%. Und dafür Hunderte Millionen CHF an neuen Steuern und Abgaben? Sind wir denn total gaga? Bei der Jahrhundertlüge Waldsterben rastete nur die Schweiz aus, bei der CO₂-Lüge nun immerhin die *classe politique* der EU. Die hat offenbar keine anderen Probleme. Lassen wir uns nicht wieder zum Narren halten! Alle wollen nur an unser Geld. Daher: NEIN zur CO₂-Lüge!



Bürgeraktion, 8700 Küssnacht
PC 87-16415-6
Dr. Michael E. Dreher, Ex-NR

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

STAATLICHE MEDIENFÖRDERUNG SCHADET DER DEMOKRATIE

Mehr Demokratie mit staatlichen Medien?

In der Frühjahrsession hat sich der Nationalrat einmal mehr mit dem Thema Medienförderung auseinandergesetzt. Er hat am 7. März mit 88:77 Stimmen eine Motion der Staatspolitischen Kommission überwiesen, welche eine umfassende staatliche Medienförderung anstrebt. Damit würde die Staatsabhängigkeit der Medien weiter verstärkt. Der Wettbewerb hingegen ginge zusehends verloren.



NATALIE RICKLI
NATIONALRÄTIN SVP
WINTERTHUR

Die Diskussion über staatliche Medienförderung ist alt. Bereits die ersten Zeitungsherausgeber im 16. und 17. Jahrhundert bemühten sich um staatliche Monopolrechte. Umgekehrt entdeckten die Politiker früh, welch enormen Einfluss man über die Medien auf die Bevölkerung nehmen kann. Diesen Versuchungen hat die Schweiz glücklicherweise lange widerstanden. In der direkten Demokratie waren die freie Konkurrenz der Medien und der offene Austausch der Meinungen lange Zeit unbestritten. Diverse Zeitungen und Publikationen mit verschiedenen parteipolitischen Ausrichtungen prägten die Landschaft. Parallel dazu entwickelten sich Radio und Fernsehen.

Nein zur Medienförderung

Mit der technischen Entwicklung wurde das Bedürfnis der Politiker, Gesetze zu erlassen, Einschränkungen vorzunehmen und Anleitungen zu geben, immer grösser. Parallel dazu wuchs die SRG. Während sich in den vergangenen Jahrzehnten immer mehr private Lokalradios etablierten, gründete die SRG mit DRS3 und Spartensendern wie Radio Virus, Classic-Radio oder der Musikwelle ständig Konkurrenzprodukte, die sie vor allem mit Gebührengeldern finanzierte. Gleichzeitig zur Entwicklung des Lokalfernsehens lancierte die SRG weitere staatliche TV-Sender. Heute betreibt die SRG 18 Radio- und 7 TV-Sender. Und kaum hat sich das Internet etabliert, will die SRG ihre Website ausbauen und Online-Werbung anbieten. Damit könnte die SRG nicht nur zusätzlich Geld verdienen, sondern würde auch die Verleger schwächen, da die Internetportale der Zeitungen quasi eine gebührenfinanzierte Konkurrenz erhielten.

Trotz des immer breiteren Angebots wurde das Thema Medienförderung

im National- und Ständerat häufig diskutiert – und immer wieder verworfen. Anno 1986 lehnte die Bundesversammlung einen Antrag von Bundesrätin Elisabeth Kopp ab, welche die Bundesverfassung mit einem Presseförderungsartikel ergänzen wollte. Und im Jahr 2005 haben es National- und Ständerat abgelehnt, auf die Parlamentarische Initiative «Medien und Demokratie» einzutreten. Dieser Vorstoss ging auf SP-Nationalrat Andreas Gross zurück; er wollte den Behörden freie Hand lassen für alle möglichen medienpolitischen Eingriffe.

Gefährliche Entwicklungen

Obwohl den besagten Vorstössen kein Erfolg beschieden war, ist die Entwicklung der Medienpolitik und der Gesetzgebung unerfreulich: Der unternehmerische Freiraum wird immer kleiner, während die staatlichen Geldflüsse zunehmen und immer mehr Verbote und Auflagen die schweizerische Medienlandschaft prägen. Der Konsument ist an einem möglichst vielfältigen Wettbewerb und einem breiten Angebot interessiert. Stattdessen trifft er oft nur auf einen Einheitsbrei. Ein Grund dafür sind die immer unvorteilhafteren Rahmenbedingungen: Die rasche technische Entwicklung bringt zwar Chancen, aber auch Schwierigkeiten mit sich. Immer weniger Leute lesen eine Zeitung; Information muss immer kürzer und günstiger sein. In diesem Umfeld wird die zunehmende Konkurrenz durch gebührenfinanzierte SRG-Produkte, welche eine ganz andere Kostenrechnung machen können, immer problematischer.

Doch auch für die direkte Demokratie sind die wachsenden Staatseingriffe bedenklich: Die Behörden regeln nicht nur die Vergabe der Konzessionen an Radio- und Fernsehsender, sondern legen auch gleichzeitig das Sendebereich und den Programmauftrag fest. Dafür gibt es zwar eine Entschädigung aus den Gebührenerträgen, aber auch eine staatliche Kontrolle. Mit freiheitlichen Rahmenbedingun-

gen hat dies wenig zu tun: Die Verhältnisse erinnern eher an die alten kommunistischen Staaten zur Sowjetzeit.

Umfangreiche Staatsinterventionen

Die staatlichen Massnahmen zur Medienförderung sind enorm, die eingesetzten Mittel umfangreich. Allerdings kennt die Schweiz bislang nur die indirekte Presseförderung (und keine direkte Medienförderung). Die Zeitungen profitieren nicht nur von einem reduzierten Mehrwertsteuer-Satz, sondern auch von Vorzugstarifen bei der Post sowie verschiedenen Werbeeinschränkungen für Radio und Fernsehen, welche zur Unterstützung der Printmedien erlassen worden sind.

Noch weiter geht die Förderung bei den elektronischen Medien: Neben dem tieferen Mehrwertsteuer-Satz profitieren diese von staatlichen Zwangsgebühren im Umfang von über einer Milliarde Franken. Den grössten Teil der Zwangsgebühren überweist die Billag direkt an die SRG; im Jahr 2010 waren es 1,169 Mia. Franken. Gerade einmal 50 Mio. Franken gehen an die privaten Veranstalter. Die Folge ist klar: Auch private Veranstalter wehren sich heute vehement gegen Gebührensenkungen. Denn eine Senkung der Zwangsgebühren hätte heute auch für die privaten Sender weniger Mittel zur Folge. Ein fataler Teufelskreis.

Journalistenausbildung als Staatsaufgabe?

Aus Sicht der SVP ist es völlig fehlend, die staatlichen Fördermassnahmen weiter auszubauen. Damit würde einzig die Abhängigkeit der Medien vom Staat weiter verstärkt. Doch der Glaube an das staatliche Wirken scheint unerschütterlich: In Bundesbern diskutiert man derzeit auch darüber, die Arbeitsbedingungen der Journalisten zu verbessern – durch staatliche Massnahmen selbstverständlich. Dazu gehört auch die Regelung und Förderung der Aus- und Weiterbildung von Medienschaffenden. Auch dies ist

keine Staatsaufgabe, sondern soll von den einzelnen Medien und den dafür zuständigen privaten Institutionen wahrgenommen werden.

Bürgerliche Parteien für ein Nein

Eine ablehnende Haltung wurde im Nationalrat auch von der Mehrheit der FDP vertreten. Zudem hat die Aktion Medienfreiheit – eine überparteiliche, bürgerliche Vereinigung – die Parlamentarier aufgefordert, Nein zu stimmen. Sogar der Bundesrat lehnte die

Motion der SPK ab, wie UVEK-Vorsteherin Doris Leuthard ausführte.

Mein Fazit ist klar: Die Medienbranche muss dringend wieder mehr Selbstverantwortung übernehmen. Nur ein lebendiger Wettbewerb gewährleistet den Kunden ein breites Angebot. Die Vorlage, welche der Nationalrat diese Woche verabschiedet hat, zielt in die entgegengesetzte Richtung. Darum ist es wichtig, dass die SVP dieses Projekt auch im Ständerat entschieden bekämpft.

Parolen zur Volksabstimmung vom 11. März 2012

AN DIE URNEN!

Eigenössische Vorlagen

- 1. Volksinitiative vom 18. Dezember 2007 «Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen!»** **NEIN**
- 2. Volksinitiative vom 29. September 2008 «Für ein steuerlich begünstigtes Bausparen zum Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum und zur Finanzierung von baulichen Energiespar- und Umweltschutzmassnahmen (Bauspar-Initiative)»** **JA**
- 3. Volksinitiative vom 26. Juni 2009, «6 Wochen Ferien für alle»** **NEIN**
- 4. Bundesbeschluss vom 29. September 2011 über die Regelung der Geldspiele zugunsten gemeinnütziger Zwecke (Gegenentwurf zur Volksinitiative «Für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls»)»** **JA**
- 5. Bundesgesetz vom 18. März 2011 über die Buchpreisbindung (BuPG).** **NEIN**

Kantonale Vorlagen

- A. Beschluss des Kantonsrates/Kantonales Bürgerrechtsgesetz (KBüG) (vom 22. November 2010)** **NEIN**
- B. Gegenvorschlag von Stimmberechtigten** **JA**

Stichfrage: **Vorlage B**

Ich suche Kollegen für:

- Landwirtschaft
- Lohnunternehmen
- Forst
- Gartenbau
- Bau + Gewerbe

Tages-, Wochen- oder
Monatseinsätze mit gutem Lohn

Maschinenring
Maschinenring Zürich, Neuwiesenstrasse 1
8630 HÄLL, T. 053 231 41 41
info@maschinenring.ch www.maschinenring.ch

**Schreinerei
Hanspeter Rüttschi**

Mettlenbachstrasse 2a · 8617 Mönchaltorf
Tel. 044 949 20 00 · Fax 044 949 20 01
www.schreinerei-ruetschi.ch

Möbel nach Mass

In unserer Werkstatt in Mönchaltorf fertigen wir alle Ihre Wunschmöbel ganz nach Ihren Ideen und Bedürfnissen.

AGRISANO

In Zusammenarbeit mit
SRV Versicherungen
USP Assurances

**Natürlich
Gut
Versichert**

Ihre Regionalstelle
Zürcher Bauernverband
Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf
Tel. 044 217 77 50, www.zbv.ch

ZBV Versicherungen
Im Dienste der
Zürcher Landwirtschaft

Kompetent in Versicherung und Landwirtschaft

**PLEXIGLAS
aus Pfäffikon ZH**

für Industrie, Gewerbe und privat

- Top-Zuschnittservice
- Plexiglas-Handwerk
- Thermoverformung

MECACRYL GmbH
H. Hablützel

Plexiglas und Kunststoffverarbeitung
Witzbergstrasse 23, 8330 Pfäffikon ZH
Tel. 043 288 60 50, Fax 043 288 60 51
info@mecacryl.ch, www.mecacryl.ch

Aus Alt mach Neu!
Esszimmerstuhl Sitz
neu polstern

**Sonderangebot
Fr. 125.00**
statt
Fr. 195.00
inkl. MwSt.

Mit Lagerstoff und
neuem Sitzschaum
morgens bringen - abends holen!

**Gossau ZH
wideg ag**
Polsterei - Betten
Industriestrasse 25 8625 Gossau
044 935 25 46 www.wideg.ch
www.facebook.com/wideg.polster